

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Liechtenstein schätzt sich glücklich, der UNO anzugehören

Reg.-Chef Hans Brunhart lud zu einem Empfang in das UNO-Hauptgebäude ein – Dank an die österreichische und schweizerische Delegation

Heute Freitag morgen wird die liechtensteinische Delegation, die zur Aufnahme Liechtensteins in die Vereinten Nationen nach New York gereist war, wieder in unserem Land zurück erwartet. Am Mittwoch abend, New Yorker Zeit, hatte Regierungschef Hans Brunhart einen Empfang im UNO-Hauptgebäude gegeben, an dem auch UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar teilnahm.

Zurück erwartet von einer historischen Stunde für die liechtensteinische Aussenpolitik werden heute Regierungschef Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und die beiden Fraktionsprecher der im Landtag vertretenen Parteien: Dr. Alois Ospelt (FBP) und Reinhard Walser (VU). Mit ihnen wird auch die Reisegruppe mit den Journalisten zurückkehren, die von der Regierung zur UNO-Aufnahme nach New York eingeladen worden war.

Dank an Österreich und die Schweiz

Am Empfang, den die Regierung im Delegates Dining Room im UNO-Hauptgebäude gab, nahmen auch Prinz Maximilian sowie der schweizerische Botschafter bei der UNO, Dr. Dieter Chenaus-Repond, sowie der österreichische UNO-Botschafter Dr. Peter Hohenfeller teil. Ihnen stattete die liechtensteinische Regierung für ihren Einsatz den

freundlich-nachbarlichen Dank ab. Vor dem Empfang waren die beiden Botschafter schon Gast der liechtensteinischen Regierung bei einem Mittagessen gewesen. Am Rande sei vermerkt, dass die Gäste der Regierung in New York jeweils mit liechtensteinischem Wein verköstigt wurden.

Bedeutendes Ereignis

Am offiziellen Empfang der Regierung im UNO-Gebäude hielt Regierungschef Hans Brunhart eine Ansprache, die wir nachfolgend wiedergeben, da sie nochmals die Zielsetzungen des liechtensteinischen UNO-Beitritts und die Bedeutung der UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins zusammenfasst:

Aus New York berichtet unser Redaktionskollege Manfred Öhri

«Mit grosser Freude darf ich Sie im Namen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein als unsere Gäste willkommen heissen. Die Aufnahme unseres Landes als 160. Mitglied in die Vereinten Nationen bildet für Liechtenstein ein historisches Ereignis, ein Ereignis, das in der langen Geschichte der liechtensteinischen Souveränität seit 1806 einen wichtigen Platz einnimmt. Die liechtensteinischen Aussenbeziehungen haben sich

durch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen über die für unser Land fundamentale Nachbarschaftspolitik im regionalen Bereich, die freundschaftliche und durch bedeutende Verträge geprägte Partnerschaft mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die guten Beziehungen mit unserem zweiten direkten Nachbarn, der Republik Österreich, über die in den letzten drei Jahrzehnten intensivierte liechtensteinische Mitarbeit in der europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE, des Europarates und der EFTA hinaus weiterentwickelt. Vor allem dem Gedanken der internationalen Solidarität wurde damit grösseres Gewicht verliehen.»

Glücklich über UNO-Beitritt

«Liechtenstein schätzt sich glücklich, nunmehr den Vereinten Nationen anzugehören, und dass diese Aufnahme gerade zu einer Zeit erfolgt, in welcher diese Organisation aufgrund eines besseren Klimas der Zusammenarbeit in den meisten Teilen der Welt in die Lage versetzt wird, ihre Aufgabe in erfolgreicher Weise zu erfüllen. Die Förderung und Sicherung des internationalen Friedens, die Verstärkung der Zusammenarbeit unter allen Völkern und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, welche die Hauptziele der UNO-Charta bilden, sind politische Zielsetzungen, welche gerade

einem kleinen Staat wie dem Fürstentum Liechtenstein in höchstem Masse entsprechen. Ein kleines Land kann seine Souveränität und die Integrität seiner Grenzen nach aussen nur erhalten in einem Klima des Friedens und der Zusammenarbeit, und es kann das staatliche Leben im Innern nur zur Entfaltung bringen, wenn Menschenrechte und Grundfreiheiten gewahrt sind.»

Programm für die Zukunft

«Die Mitgliedschaft Liechtensteins bei den Vereinten Nationen ist somit mehr als eine folgerichtige Konsequenz der Eigenstaatlichkeit. Sie ist auch ein Programm für die Zukunft, ein Programm für einen verstärkten Einsatz zur Erreichung dieser grundlegenden politischen Zielsetzungen nach aussen.»

Ich freue mich ausserordentlich, dass Sie durch die Annahme der Einladung zu diesem Empfang diesen Anlass auch zu einem Anlass der Begegnung machen. Es ist mir nicht möglich, Sie alle gesondert zu begrüssen, obwohl Sie alle es verdienen würden. Als Vertreter der Vereinten Nationen, als Vertreter der Mitgliedstaaten, als Landsleute, die in den USA leben und als Freunde unseres Landes. Wir betrachten Ihre Präsenz nicht nur als einen Akt der Höflichkeit, sondern als einen Beweis der Sympathie gegenüber dem jüngsten Mitglied der Vereinten Nationen.»

Überraschung im FL-Fussball-Cup

Viertelfinalisten stehen fest

Mit einer grossen Überraschung gingen am Mittwoch die Achtelfinals im Liechtensteiner Fussballcup 1990/91 zu Ende. Das fünftligige Team Schaan Azzurri schlug den Drittligisten FC Triesenberg sensationell hoch mit 7:3 Toren! Viel Mühe bekundete auch Ruggell I beim knappen 3:2-Sieg bei Triesen Español. Titelverteidiger Vaduz I qualifizierte sich mit einem 3:1-Erfolg bei Balzers II für die nächste Runde. Bereits am Dienstag hatten sich Balzers I, USV I, Schaan I, Triesen I und Ruggell II ins Viertelfinale gespielt. Die Auslosung dieser Paarungen nahm der LFV-Vorstand gestern abend (nach Redaktionsschluss) vor. Wir werden morgen darüber berichten. Die Viertelfinals werden in der Woche vom 8. bis 12. Oktober ausgetragen.

Ölreserven der EG zugenommen

Brüssel (AP) Die in den zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft gebunkerten Reserven an Erdöl haben nach Angaben des für Energiefragen zuständigen EG-Kommissars Antonio Cardoso e Cunha seit Beginn der Golfkrise zugenommen. Vor Journalisten in Brüssel führte Cardoso diese Entwicklung am Donnerstag darauf zurück, dass die Nervosität in Handel und Industrie angesichts der unsicheren Situation gestiegen sei. Allerdings konnte er die zusätzlichen Ölreserven nicht beziffern. Die EG-Reserven belaufen sich normalerweise auf den Bedarf von 105 Tagen.

EG-Kommission uneins

Brüssel (AP) Die Ausgangsposition der Europäischen Gemeinschaft für die zum Jahresende anstehende Schlussrunde der GATT-Verhandlungen über einen Abbau der Agrarsubventionen scheint gefährdet. Ein Vorschlag des für Landwirtschaft zuständigen EG-Kommissars Ray McSharry, die Zuschüsse der Gemeinschaft für die Bauern im Zehnjahreszeitraum 1986 bis 1996 um 30 Prozent zu kürzen, ging in der Nacht zum Donnerstag in Brüssel der Mehrheit der anderen EG-Kommissare nicht weit genug.

Schwerverkehr weiter behindert

Chiasso (AP) Der Warentransport auf der Strasse von und nach Italien ist auch am Donnerstag durch den Streik der italienischen Zöllner stark behindert worden. Über 400 Lastenzüge warteten allein vor dem Warenzoll Chiasso-Brogeda und auf den Ausstellplätzen der Autobahn N2 darauf, dass die Zöllner am Freitag ihre Arbeit wieder für sechs Stunden wieder aufnehmen. Die italienische Regierung hat am Donnerstag den Einsatz der Finanzpolizei an den Warenzöllen angeordnet.

Jacken und Bläser

Ihre unentbehrlichen Begleiter im Herbst, jetzt in den neuen Farben

im

modehaus
tannalora

Jeden Freitag Abendverkauf bis 20 Uhr
im Zentrum Kaufin, Schaan

Mehr Geld für Nationalstrassen

Bern (AP) Der Bund soll neben der Förderung des öffentlichen Verkehrs den Ausbau der Nationalstrassen nicht vernachlässigen und für eine zügige Fertigstellung der Autobahnen bis ins Jahr 2000 sorgen. Gegen den Willen des Bundesrates überwies der Ständerat am Donnerstag eine entsprechende Motion mit 21 gegen vier Stimmen. Gemäss Bundesrat Adolf Ogi ist wegen Budgetkürzungen mit einer Verzögerung des Autobahnbau zu rechnen.

Mit vier Vorstössen gleicher Stossrichtung gaben die Kantonsvertreter ihrem Unbehagen über den Stand und die Aussichten des Nationalstrassenbaus Ausdruck. Besonders eindringlich äusserten sich die Westschweizer Abgeordneten, die beklagten, dass der Bund Milliardenbeträge für den öffentlichen Verkehr bereitstelle, die Strassenbaupläne der Kantone aber nur mehr ungenügend unterstütze. Jean Cavadini (LPS/NE) forderte in seiner Motion die Fertigstellung der Autobahnen binnen eines Jahrzehnts und verwies auf die Kleeblatt-Abstimmungen. Mit aller Deutlichkeit hätten damit die betroffenen Regionen für den Strassenbau votiert. Die Geduld der Kantone habe nun ein Ende, ein Zuwarten bis ins Jahr 2015 komme nicht in Frage. Der Bundesrat müsse im Budget 1991 einen Kredit vorsehen, der eine zügige Realisierung der offenen Teilstücke zulasse.

Weniger Fremdenverkehr wegen Schneemangel

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte Fremdenverkehrsstatistik für das 1. Halbjahr 1990

(G.M.) – Der Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1990 in unserem Land hatte, wie in anderen Alpenländern, unter den Witterungsbedingungen der Wintermonate zu leiden. Nach der neuesten Statistik des Amtes für Volkswirtschaft über den Fremdenverkehr ist zwischen Januar und Juni zwar ein geringer Anstieg der Ankunftsahlen zu verzeichnen, doch zeigte sich gleichzeitig ein Rückgang bei den Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Fremdenverkehrsdirektor Berthold Konrad erklärte auf Anfrage, die niedrigere Logiernächteziffer sei praktisch vollständig auf die Wintermonate mit dem geringen Schneefall zurückzuführen.

Gesamthaft wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 33 581 (33 413) Ankünfte 71 471 (74 290) Übernachtungen gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies einen Zuwachs von 0,5 Prozent bei den Gästeankünften und einen Rückgang von 3,8 Prozent bei den Logiernächten. Im Durchschnitt standen in den Hotels und in der Privatzimmervermietung 1 233 Betten zur Verfügung. In Anbetracht der etwas höheren Gastbettenzahl und der niedrigeren Logiernächteziffer im Vergleich zum Vorjahr sank die durchschnittliche Gastbettenbesetzung auf 31,8 Prozent ab. Im Mittel entfallen noch 2,1 Übernachtungen pro Gast an, die berufstätigen Dauergäste nach Angaben des Amtes für Volkswirtschaft miteingerechnet.

Interessant ist, dass sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für die Schweiz weniger Gästeankünfte und auch weniger Logiernächte als im Vorjahr registriert werden. Berthold Konrad, Direktor der Fremdenverkehrszentrale in Vaduz, führt diesen Rückgang bei den traditionell gutdotierten Herkunftsländern auf den Schneemangel im Alpengebiet zurück. Die Gäste wurden offensichtlich durch die wenig erfolgversprechenden Schneeverhältnisse abgeschreckt und möglicherweise auch durch die teilweise Schliessung des Tunnels Triesenberg - Steg von der Fahrt ins Alpengebiet abgehalten.

Aus der Bundesrepublik kamen noch 8 892 (10 197) Gäste, die 19 609 (22 800)



Der Fremdenverkehr in unserem Land zeigt im 1. Halbjahr eine leicht erhöhte Gästezahl, doch einen Rückgang von 3,8 Prozent bei den Übernachtungen. Der Rückgang wird vor allem auf den schneearmen Winter zurückgeführt. (Archivbild)

Logiernächte buchten. Schweizerische Staatsbürger wurden 7 427 (7 867) registriert, die mit 17 481 (19 747) Übernachtungen ebenfalls weniger Logiernächte wie die deutschen Gäste aufweisen. Höher liegt hingegen die Ankunfts- und Logiernächtezahlen für die Gäste aus den USA und Grossbritannien.

Während für den Rückgang der Fremdenverkehrszahlen im Alpengebiet die schlechten Schneeverhältnisse verantwortlich gemacht werden können, stellt sich die Frage, warum auch in der Region Unterland weniger Gäste und weniger Logiernächte als im Vorjahreszeitraum registriert werden mussten.

Keine Grossmachtrolle für Deutschland

Genscher verspricht «Politik des guten Beispiels»

Bonn (AP) Das vereinte Deutschland darf nach übereinstimmender Meinung der Bundestagsparteien nicht auf eine Grossmachtrolle hinarbeiten. In der abschliessenden Beratung des Einigungsvertrages betonten Politiker von Koalition und Opposition am Donnerstag in Bonn den Willen, ein Vorbild in den Bemühungen um Abrüstung und Entspannung zu geben.

Dagegen setzte sich der Streit zwischen Regierung und SPD-Opposition um die Kosten der Einheit und um Steuererhöhungen fort. Trotz ihrer Kritik kündigte die SPD allerdings Zustimmung zu dem

Vertrag an, dem damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit sicher war.

Zu Beginn der auf acht Stunden angesetzten Debatte versicherte Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher, die Politik des vereinten Deutschlands werde eine «Politik des guten Beispiels sein».

Deutschland verzichte auf die Herstellung und den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen, es bekenne sich zum Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen und werde seine Streitkräfte auf 370 000 Mann reduzieren. «Wir hoffen, dass dieses Beispiel Schule macht.»

KONTAKTLINSEN



AUGEN-
OPTIKMARXER

Städtlemarkt, Vaduz, 2 82 02
Landstrasse 28, Schaan, 2 58 68